

An:  
**Austrian Power Grid AG**  
Wagramer Straße 19 (IZD-Tower)  
1220 Wien

St. Pölten am, 16. Oktober 2020

**Betrifft: Stellungnahme zum Konsultationsentwurf des Netzentwicklungsplan 2020**

**S.g. Damen und Herren,**

**Netz Um- bzw. Ausbau für 100 % Erneuerbare Energie**

Im Regierungsprogramm der Bundesregierung für die Periode 2020 - 2024 ist u.a. ein zusätzlicher Ausbau von zusätzlichen 11 TWh Photovoltaik, 10 TWh Windkraft, 5 TWh Wasserkraft und 1 TWh Biomasse bis 2030 vorgesehen, um Österreich stromseitig zu 100% erneuerbar zu machen. Darüber hinaus soll Österreich bis 2040 klimaneutral werden. Ein ambitioniertes Ziel, welches nur durch einen raschen und planmäßigen Ausbau der Netzinfrastruktur gewährleistet werden kann. Eine zeitgerechte Umsetzung der Projekte im Rahmen des NEP der APG würde bis 2030 die Möglichkeit bieten:

- Österreich von Netto Stromimporteur zum Stromexporteur zu machen,
- durch die erreichte Flexibilisierung im Netzmanagement die Erzeuger - aber auch verbraucherspezifischen Netzkosten zu senken,
- Millionen Euro an Mehrkosten des Ausbaus für den Steuerzahler durch Verzögerungen zu verhindern,
- volkswirtschaftliche Gewinne einerseits durch eine Energiekostenreduktion und Schaffung von tausenden Arbeitsplätzen im Zuge des Ausbaus zu generieren.

Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass in der Konsultationsversion des NEP 2020, Stand Juni 2020, schon in der Zusammenfassung in sehr deutlicher Weise der notwendige ambitionierte Ausbau der Erneuerbaren Energie in Österreich festgehalten wird. Wir können diese Feststellungen nur unterstützen, insbesondere, dass für die geplante volle Dekarbonisierung Österreichs bis zum Jahr 2040 noch enorme Anstrengungen hinsichtlich des Ausbaus der Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaik erforderlich sein wird. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, dass das Übertragungsnetz vor besondere Herausforderungen gestellt wird, welche auch in

weitere Netzausbaumaßnahmen münden müssen. Auch diesbezüglich unterstützt die IG Windkraft die Austrian Power Grid in ihren Anstrengungen das österreichische Stromnetz zukunftsfit zu machen.

## **Planmäßiger Ausbau des Netzaums „Weinviertel“ und „Burgenland“**

Laut dem aktuell zur Konsultation stehenden Netzentwicklungsplan 2020 der APG ist ein Ausbau sowie die Inbetriebnahme des UW Prottes erst im Jahr 2026 geplant. In Tabelle 6: „Übersicht der Projekt-Umsetzungszeiträume“ ist in der Konsultationsversion zum NEP 2020 („*Neues UW Prottes: 380/110-kV-Netzabstützung – Netz NÖ*“) eine Inbetriebnahme 2026 mit dem Raute Symbol vermerkt. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme ist zu spät und behindert die in Planung und teilweise schon in Umsetzung befindlichen Windkraftprojekte.

Weiters wurde bereits in den Jahren 2012/2013 für das Weinviertel mit der EVN Netz und Beteiligung der APG ein Netzausbaukonzept erarbeitet. Damals wurde eine Anschlusskapazität für neue Windparks im Umfang von 1.200 MW zugesagt. 900 MW über mit Ableitung über das EVN Netz hin zum Umspannwerk Bisamberg und 300 MW durch zusätzliche Einspeisung in die bestehende 220 kV Leitung. Von dieser Zusage, durch vorgezogene Errichtung eines Umspannwerkes und temporäre Ermöglichung der Einspeisung in die bestehende 220 kV Leitung, ist nachträglich leider abgegangen worden.

Im Weinviertel wurden daher für jene Anlagen bis zur ursprünglich geplanten und zugesagten Kapazitätsgrenze von 1200 MW eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen, welche Leistungsreduktionsvereinbarungen vorsehen für die Zeit bis eine vollumfängliche Einspeisung möglich ist. Bereits heute sind rund 50 MW Windkraftleistung im Weinviertel errichtet, welche temporäre Begrenzungen der Einspeisung und damit Ertragsverluste haben. In den kommenden Jahren wird die errichtete Windkraftleistung mit Einschränkungen auf 300 MW ansteigen. Für diese Projekte wird es zu Einkommensreduktionen bis zum Abschluss der Bauarbeiten der 380 kV Leitung und der vollständigen Einbindung in das Netz der Netz NÖ geben. Bedeutende Strommengen an Windenergie, aus bereits errichteten Anlagen, können aufgrund nachhinkender Netzerhöhung nicht genutzt werden. Dies ist für Österreich ein volkswirtschaftlicher und ökologischer Schaden.

Außerdem ist auch der Ausbau der Leitung im nördlichen Weinviertel aufgrund des großen Potentials ein wichtiger Baustein für den Ausbau der Windkraft. Durch die neue Trassenführung könnten den flexiblen Anforderungen der erneuerbaren Erzeuger optimal Rechnung getragen werden. Mit den derzeitigen Leitungskapazitäten ist der Anschluss der geplanten Windenergieanlagen bereits heute im Weinviertel nicht ohne Einschränkungen möglich.

Für die Windkraftanlagen ist eine abgestimmte Zusammenarbeit von APG und Verteilnetzbetreiber von entscheidender Bedeutung. Im Weinviertel sind vom regionalen Verteilnetzbetreiber seit Mai 2018 keine neuen Netzzutrittsverträge vergeben worden und es ist weder die Konzeption noch der Umsetzungsplan für die Verbindung zur in Errichtung befindlichen 380 kV Leitung klar. Dies verursacht eine schwierige Situation für die Entwicklung von Windparks, bei welchen 3 bis 10 Jahre Entwicklungsdauer bis zur Errichtungsmöglichkeit bestehen.

Das **Burgenland** leistet bereits heute einen großen Beitrag zur Stromproduktion aus Windkraft und soll zukünftig diesen Beitrag zusammen mit anderen erneuerbaren Erzeugern weiter ausbauen. Im zur Konsultation stehenden Netzentwicklungsplan 2020 wird im Punkt 4.5.13. *UW Zurndorf: Vierter 380/110-kV-Umspanner – Netz Burgenland* angeführt, dass umfangreiche Erweiterungsmaßnahmen bei Netz Burgenland zur Aufnahme weiterer erneuerbarer Erzeuger notwendig sind. Wir begrüßen diesen Schritt sehen aber die Notwendigkeit rasch ein umfassendes Lang-Fristkonzept für das gesamte Burgenland zu erarbeiten. Dieses soll über das Nordburgenland hinaus, das gesamte Bundesland auf Verteil - und Übertragungsnetzebene einbeziehen, um dem gesetzlichen Auftrag zur Integration erneuerbarer Energieträger Rechnung zu tragen.

Daher ist anzuregen, dass die kommende EU rechtliche Vorgabe für die Erstellung von Netzentwicklungsplänen der Verteilnetzbetreiber, welche mit dem Transportnetzbetreiber abgestimmt werden sollten, ehest baldig umgesetzt werden sollte.

### **Umfassende Netzplanung über 2030 hinaus notwendig**

Gerade in den Regionen Ostösterreichs, wo der verstärkte Ausbau der Windkraft bisher erfolgt ist und wo dieser weiterhin verstärkt erfolgen wird müssen, sind auch viele potentielle Räume für die Photovoltaiknutzung vorhanden. Hier regen wir an, neben den konkreten im NEP 2020 bereits angeführten Projekten in Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Energiewirtschaft, insbesondere mit den Verteilungsnetzbetreibern, auch bereits jetzt die wesentlichen Weichen für die Netzentwicklung der Jahre 2030 bis 2040 zu diskutieren, planen und zu stellen. Wir halten dies deshalb bereits zum aktuellen Zeitpunkt für erforderlich, da gewisse Ausbaumaßnahmen einen durchaus längeren Planungs- und Umsetzungshorizont als 10 Jahre haben und der Zeitraum einer vollen Dekarbonisierung bis zum Jahr 2040 vor diesem Hintergrund zeitlich besonders herausfordernd ist. Wir denken, dass mit rechtzeitiger und gemeinsamer Aktivität die E-Wirtschaft Österreichs die politisch festgelegten Zielsetzungen erreichen kann und stehen im Rahmen unseres Wissens hierfür jederzeit für einen fachlichen Austausch zur Verfügung.

Dieser Prozess steht im Einklang mit der Verpflichtung der Erstellung eines jährlichen Netzentwicklungsplans der Übertragungsnetzbetreiber und der Verpflichtung zum vorrauschauenden Netzausbau sowohl durch Verteil - als auch Übertragungsnetzbetreiber. Dadurch wird ein rascher Ausbau der erneuerbaren

Energieträger und des Netzes ermöglicht. Längerfristig sollte die Verpflichtung zur transparenten und vorausschauenden Netzplanung sowohl auf Übertragungsnetz- als auch auf Verteilernetzebene, sowie die Verpflichtung zur Einbeziehung der Stakeholder **gesetzlich verankert** werden. Dies gilt auch für die Verpflichtung der Netzbetreiber zum bedarfsgerechten Ausbau der Netze.

Abschließend muss eindringlich darauf hingewiesen werden, dass jegliche Verzögerungen das Erreichen der 2030 Klima - und Energieziele gefährden. Zusätzlich wären hunderte Millionen Euro an regionaler Wertschöpfung im Zuge der Umsetzung der Windkraftprojekte und des Netzausbaus gefährdet. Gerade die österreichische Windkraft mit ihren in den einzelnen Regionen stark verankerten Betreibern und Zulieferunternehmen liefert auch in strukturschwächeren Regionen einen großen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Somit fordern wir alle Maßnahmen zur Erreichung des raschen Ausbaus zu setzen und wenn nötig im nationalen Interesse zusätzliche Ressourcen seitens der APG bereitzustellen.

### **Zukünftige Netzkosten mit Fokus auf ein gesamtösterreichisches erneuerbares Stromsystem**

Der zukünftige Ausbau der Netze muss mit dem Blick auf ein 100% erneuerbares Stromsystem geschehen. Die bereits in der Vergangenheit getätigten Investitionen und zu großen Teilen von den erneuerbaren Erzeugern wie der Windkraft getragenen Aufwände müssen auf volkswirtschaftlicher Ebene gerade in der Kosten - Nutzenbetrachtung die positiven Effekte für Gesamtösterreich einbeziehen. So haben beispielsweise Netzausbauten für die Windkraft in Ostösterreich sowohl auf Verteil - also auch Übertragungsnetzebene Relevanz zur Erreichung der Klima -und Energieziele für das ganze Land. Daraus lassen sich künftig folgende Forderungen ableiten:

- Der Erzeuger erhält einen Rechtsanspruch darauf, dass der Netzanschlusspunkt der geografisch nächstgelegene Verknüpfungspunkt mit dem Hochspannungsnetz ist (auf NE 4 oder einer niedrigeren Netzebene 5-7). Dieser Netzanschluss sollte binnen längstens fünf Jahren möglich sein.
- Die mit dem Netzanschluss verbundenen tatsächlich vorhandenen Kosten werden vom Erzeuger bis zu maximal 50 € pro kW (für Anlagen über 1000 kW) getragen. Weitere Aufwände sind gleichmäßig auf alle Endkonsumenten in ganz Österreich zu sozialisieren. Lediglich wenn die Netzanschlusskosten nachweislich deutlich über 200 € pro kW liegen soll der Erzeuger diese Überschreitung tragen.
- Ausbauten, Verstärkungen, Sanierungen oder Ersatzneubauten der 110 kV-Leitungen und Leitungen höherer Spannungsebene sind nicht vom Erzeuger zu tragen.